Der neue Landesbezirksvorstand NRW (2./3. v.L. Lena Blumenfeld, Uschi Plum)

Antenne AC 21.03.2011
Bei Continental werden "Berliner" verteilt
Bei Continental in Aachen läuft eine so genannte „Tarifpolitische Mittagspause“.

Dazu hat die IG Bergbau, Chemie und Energie aufgerufen. Das Motto lautet: „Wir wollen vom süßen Aufschwung naschen“ – und deswegen bekommen alle Beschäftigten auch einen symbolischen „Berliner“.
Mit der Aktion will die IG BCE Druck vor der nächsten Tarifrunde ausüben, nachdem die Arbeitgeber zuletzt kein Angebot vorgelegt hatten. Die IG BCE fordert 7 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten.
Die tarifpolitische Mittagspause bei Continental soll bis 15 Uhr dauern.

Antenne AC 21.03.2011
ver.di befragt Mitglieder

Die Gewerkschaft ver.di will ab heute ihre Mitglieder fragen, ob sie mit dem Tarifabschluss der Länder zufrieden sind. Deshalb sind die betroffenen Beschäftigten dazu aufgerufen im Aachener ver.di-Haus ihre Stimme abzugeben. Die Gewerkschaft denkt, dass die Mitglieder den Tarifabschluss befürworten werden, sagte eine uns eine ver.di Sprecherin. Das Ergebnis der Befragung wird am 30. März ausgewertet und dann nach Berlin geschickt. Dort wird es dann mit den Ergebnissen aus den anderen Bezirken zusammengerechnet.

Radio Erft 21.03.2011
Protest vor Frechener Lieken-Werk

Vor dem Auslieferungswerk des Backwarenherstellers Lieken in Frechen hat am Montag-Abend eine Mahnwache stattgefunden. Damit wollten die Beschäftigten und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, NGG, gegen die Firmenpolitik protestieren. Seit 2001 hat das Unternehmen 11 Werke geschlossen - aktuell droht zwei weiteren Backwerken der Kette das Aus. Unter anderem sollen die Werke in Bernau und Achim geschlossen werden. Auch wenn der Frechener Standort aktuell noch nicht von der Schließung bedroht sei, wäre die Situation kritisch. Deshalb fordern NGG und die Mitarbeiter eine Bestandsgarantie für das Lieken-Auslieferungslager in Frechen.

AN 22.03.2011
Muße statt Maloche: Plädoyer für arbeitsfreien Sonntag

Nordkreis. Die KAB der Diözese Aachen engagiert sich in diesem Jahr aktiv für den Sonntagsschutz: Unter dem Motto «Ohne Sonntag fehlt dir was» finden mehrere Veranstaltungen und Aktionen auch im Nordkreis statt.

In Kooperation mit dem Katholikenrat Aachen-Land hatte Referentin Theresia Wagner-Richter, Mitglied im KAB-Bundesvorstand und Mitbegründerin der Allianz für den Sonntag NRW, nun ins Alsdorfer Castorhaus eingeladen. «Der Sonntag ist ein Tag der Gottesverehrung, der seelischen und körperlichen Erholung und vor allem der Arbeitsruhe», betonte die Referentin aus Aldekerk im Bistum Münster. «Der Sonntag ist ein Geschenk Gottes für die Menschen, sollte ein arbeits- und konsumfreier Tag sein.»

Man müsse sich bewusst machen, was ein Sonntag als Arbeitstag bedeutet. Wagner-Richter: «Der Rhythmus geht verloren, wenn der Alltag nicht durch diesen besonderen Tag unterbrochen wird. Der Mensch braucht eine Atempause und einen Tag für Sozialzeit!»

Der Umsatz steige durch verkaufsoffene Sonntage nicht, er verschiebe sich nur, betonte die Referentin. Und wer sonntags arbeite, habe definitiv weniger Zeit für Hobbys, Partnerschaft, Familie. Im schlimmsten Fall müssten die eigenen Kinder darunter leiden. Der Sonntag werde immer mehr ausgehöhlt, immer mehr zum Alltag.

AN 22.03.2011
Gewerkschaft sagt Lohndumping den Kampf an
Von Stephan Johnen

Kreis Düren. Wirtschafts- und Finanzkrise? Nachrichten von gestern. In der Zeitarbeitsbranche ist der Aufschwung angekommen. «Die Resonanz ist sehr gut. Im vergangenen Jahr haben sich nur 14 Aussteller angemeldet», berichtete Britta Hourtz von der Job-com des Kreises Düren.

Am Dienstag waren es gut zwei Dutzend Unternehmen, die sich den Besuchern im Kreishaus präsentierten. Erneut luden Job-com und Agentur für Arbeit zu einer «Jobmesse Zeitarbeit» ein. Gezielt hatten die Organisatoren dafür 1100 Kunden eingeladen - und ihnen geraten, Bewerbungsunterlagen und Lebensläufe in mehrfacher Ausfertigung mitzubringen.

Um zu verdeutlichen, «wie wichtig der Tag ist», wurde die Veranstaltung für die Kunden per sogenannter Rechtsfolge zu einem Pflichttermin, sagte Britta Hourtz. «Die Messe bietet allen Besuchern eine ideale Gelegenheit, um ohne Hemmschwelle mit Arbeitgebern in Kontakt zu kommen und sich zu informieren», fuhr sie fort. Anders als im Vorjahr hatten die Unternehmen mehr konkrete Jobangebote zur Messe mitgebracht, berichteten die

Organisatoren. «Im vergangenen Jahr wurde vor allem ein Kundenstamm von potenziellen Arbeitnehmern aufgebaut», bilanzierte Hourtz. Es sei 2010 aber zu 40 Vermittlungen am Tag der Messe gekommen.

«Wir müssen etwas für unsere Kunden tun, diese Messe ist eine gute Kooperation», bewertete Kreisdirektor Georg Beyß das Angebot. «Belastbare Zahlen», wie hoch die Zahl der aus Zeitarbeitsverhältnissen entstandenen unbefristeten Arbeitsverhältnisse im Kreis Düren ist, gebe es zwar nicht, sagte Thomas Nessau von der Arbeitsagentur, «aber die Zeitarbeit bietet eine Chance». Sie biete die Gelegenheit, «einen Fuß ins Unternehmen zu bekommen», Erfahrung zu sammeln, sich zu qualifizieren.

Nessau spricht von einer «Klebekraft». Zudem biete eine Jobmesse «Markttransparenz», da alle Angebote vor Ort miteinander verglichen werden können. Zeitarbeit biete darüber hinaus Menschen, die lange keine geregelte Arbeit mehr hatten und den Wiedereinstieg suchen, aber auch Fachkräften eine Chance. «Gerade Jungakademiker schätzen die Flexibilität und die Wechsel der Arbeitsstätten. Zeitarbeit hat viele Facetten», bilanzierte Nessau.

«Zeitarbeit ist grundsätzlich nichts Schlechtes», urteilte Volker Kohlisch von der IG Metall. «Sie dient dazu, betriebliche Spitzen abzufangen.» Bei 900.000 Zeitarbeitnehmern im Land dürfe jedoch die Frage erlaubt sein, welche kurzfristigen Spitzen da eigentlich noch abgefangen werden. «Ich kenne in Düren Zeitarbeitnehmer, die vier bis zehn Jahre in einem Betrieb beschäftigt sind», sagte Kohlisch. «Die Zeitarbeit lässt sich nicht zurückdrängen, es gibt auch Beispiele, wo das Instrument gut ist, aber wir werden dafür kämpfen, dass sie fair gestaltet wird und es kein Lohndumping gibt», sagte der Gewerkschafter einer Ungleichbehandlung von Stamm- und Zeitarbeitern, die die gleiche Arbeit für unterschiedliche Vergütung ausüben, den Kampf an.

Leider werde die Zeitarbeit «auch auf Düren bezogen» beizeiten ausgenutzt. Infos zum Thema gibt es bei der Hotline von DGB und der NRW-Landesregierung unter 01803/100218.

Radio Rur 22.03.2011
Busfahren wird teurer

Das Busfahren im Kreis Düren wird demnächst etwas teurer. Ab dem 1. April gelten neue Preise. Sie wurden von der Kölner Bezirksregierung genehmigt.
So erhöht sich der CityTarif in Düren beispielsweise auf 1 Euro, der Zuschlag für den Nachtbus auf 1,50 Euro. Das Anrufsammeltaxi im Jülicher Raum kostet pro Erwachsenem bald 3,40 Euro, ermäßigt 1,90 Euro.
Der Discobus zwischen Jülich und Himmerich wird auch teurer und kostet bald 3,50 Euro, Hin- und Rückfahrt 6 Euro. Hier finden sie alle Preisänderungen: www.dkb-dn.de

DZ 22.03.2011

Der Politik die Stirn bieten

Das fordert Christiane Markus, Jugendsekretärin der IG BCE bei einer Feier der Ortsgruppe Düren. Neue Mitglieder sind schwer zu gewinnen.

Düren. Sie sind eine starke Gemeinschaft: Rund 2100 Mitglieder zählt derzeit nach Angaben ihres Vorsitzenden Josef Abels die Ortsgruppe Düren der Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (IG BCE). Nicht wenige der Mitglieder, die vor allem im Braunkohleabbau, in Kraftwerken und in der Papierindustrie arbeiten, waren in die Festhalle Birkesdorf gekommen. Dort gab es eine vom Duo „Double Speed“ musikalisch umrahmte Feier, in deren Mittelpunkt die Jubilare standen (siehe Infobox rechts).

Akzente gesetzt

Freilich fehlte es trotz aller Vertrautheit im Umgang miteinander nicht an den zu erwartenden politischen Akzenten. Dafür sorgte schon Christiane Markus, Jugendsekretärin bei der Bezirksverwaltung der Gewerkschaft in Alsdorf. Charmant trat sie mit ihrer Jugendlichkeit unbefangen den meist schon sehr lebenserfahrenen Jubilaren entgegen und freute sich zunächst über das Gastspiel in Birkesdorf als „Kontrapunkt zu meiner alltäglichen Arbeit“. Zudem betonte Markus die politische Rolle der „Gewerkschaften als Garantie dafür, dass Arbeitnehmer nicht auf der Strecke bleiben“. Kritische und selbstkritische Akzente fehlten in der Rede der Jugendsekretärin, der unter anderem der DGB-Bezirksvorsitzende Karl Panitz (Aachen), Kreistagsabgeordneter Ulrich Titz (SPD) und der stellvertretende Dürener Bürgermeister Rainer Guthausen (CDU) zuhörten, nicht.

„Nicht schlecht aufgestellt“

So stellte Christiane Markus fest: „Im Bergbau sind wir nicht schlecht aufgestellt – aber: Es wird immer schwerer, neue Kollegen für die Mitgliedschaft zu gewinnen.“ Auch die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm die junge Frau aufs Korn und sagte, verbunden mit einem Blick auf die Geschichte des DGB: „Der erste Vorsitzende, Hans Böckler, bot der Politik stets die Stirn – das sind Vorzüge, die ich mir auch vom heutigen DGB-Vorsitzenden wünschen würde.“ Einen kämpferischen Akzent setzte ihre Schlussbemerkung, mit der die Rednerin an das Engagement ihrer Zuhörer appellierte: „Nur wer Mutmacher ist, findet auch Mitmacher.“ (ch)

WDR Aachen 23.03.2011

Aachen: Kritik an Bundeswehr

Friedensinitiativen und Organisationen im Raum Aachen kritisieren, dass die Bundeswehr zunehmend in Schulen auftritt. Sie haben sich deswegen an Politiker in der Städteregion gewendet. Diese sollen an Schulleitungen appellieren, keine Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Unterricht einzuladen. Die Bundeswehr informiere naturgemäß nicht neutral, sondern vermittle ein geschöntes Bild vom Kriegsgeschehen, so die Organisationen, darunter der DGB, Pax Christi und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Zugleich würden Besuche in Schulen etwa zum Thema Sicherheitspolitik genutzt, um Nachwuchs zu werben. Die Organisationen berufen sich bei ihrer Kritik auf Gespräche mit Jugendlichen. Der zuständige Jugendoffizier der Bundeswehr hat die Vorwürfe zurück gewiesen. Es gehe darum, dass Jugendliche sich eine eigene Meinung bilden, und nicht um Indoktrinierung. Im vergangenen Jahr wurde der Jugendoffizier 90 Mal von Schulen in der Region eingeladen.

Antenne AC 23.03.2011
Bahn bittet für den Zug der Erinnerung zur Kasse
von Franjo Galunic

Die Bahn legt dem „Zug der Erinnerung“ Steine in den Weg. Die Veranstalter der Naziopfer-Ausstellung mussten der Bahn schon mehr als 200.000 Euro Gebühren für das Benutzen des Schienennetzes zahlen.
Der „Zug der Erinnerung“ will das Andenken an jüdische Kinder bewahren, die im Zweiten Weltkrieg mit Zügen der damaligen Reichsbahn, des Vorgängerunternehmens der heutigen Deutschen Bahn, in Konzentrationslager gebracht wurden. Der Zug der Erinnerung macht heute und morgen am Heinsberger Kreishaus Station. Bis Anfang April hält der Zug noch in Geilenkirchen, Herzogenrath, Stolberg, Düren und Aachen.

AN 24.03.2011
Zehntausende zu Anti-Atom-Demo in Köln erwartet

Köln. Mehrere zehntausend Menschen werden an diesem Samstag zu einer Anti-Atom-Demo in Köln erwartet. Die Veranstalter haben bei der Polizei bis zu 60.000 Teilnehmer angemeldet.

«Wir gehen von einem friedlichen Protest aus», sagte eine Polizeisprecherin am Donnerstag. Außer in Köln finden am Samstag auch in Berlin, Hamburg und München große Anti-Atom-Demos statt. Das Motto lautet: «Fukushima mahnt: Alle AKWs abschalten!»

Aufgerufen zu der Demo hat ein Bündnis aus verschiedenen Umwelt- und Anti-Atom-Initiativen. Unterstützt werden die Proteste auch von Gewerkschaften und Parteien. Unter den Teilnehmern sind die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann sowie weitere Spitzenpolitiker der NRW-Grünen.

Zu den Hauptrednern gehört der NRW-Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Andreas Meyer-Lauber. Im Rahmenprogramm treten der Deutschrocker Wolf Maahn und die Band Klee auf.

Die Teilnehmer sammeln sich am Neumarkt in der Kölner Innenstadt. Der Demonstrationszug beginnt gegen 12.00 Uhr und führt in den rechtsrheinischen Stadtteil Deutz. Dort ist zunächst eine Schweigeminute für die Opfer des Erdbebens in Japan geplant, ehe die Hauptkundgebung beginnt.

AN 24.03.2011
Ungleiche Bezahlung wird angeprangert
Von Margret Vallot

Düren. Frauen verdienen in Deutschland 23 Prozent weniger als Männer. Davon ist die Dürener Frauenbeauftragte Gilla Knorr überzeugt, und diverse Untersuchungen bestätigen die Zahl.

Außerdem habe sich gezeigt, so Knorr, dass die Einkommensunterschiede bereits in den ersten Jahren der Berufsausübung bestehen. Auch das belegen seriöse Forschungen, die Knorr alle parat hat.

Um auf Diskriminierungen bei der Bezahlung hinzuweisen, gibt es seit 2008 den Equal Pay Day, der Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen fordert. Gleicher Lohn also bei identischer Ausbildung, Berufserfahrung und täglicher Arbeit. In Düren ist am Donnerstag, 31. März, Equal Pay Day. Da gibt es eine Unterschriftensammlung, einen humorvollen Film zu Thema und ein Quiz.

Deutschland ist, so konnte man am Donnerstag im Frauenbüro bei der Ankündigung des Aktionstages erfahren, EU-Spitzenreiter was die finanzielle Benachteiligung von Frauen betrifft. «Sogar in Italien ist das Lohngefälle deutlich kleiner als in Deutschland», weiß die Frauenbeauftragte.

Foto: Margret Vallot

Knorr nannte, unterstützt von der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Elke Ricken-Melchert und von Karin Bernhardt von Gewerkschaftssekretärin sowie anderen engagierten Frauen, auch gleich die Berufsgruppen, bei denen die Ungleichheit am deutlichsten ist: Im IT-Bereich, in der Bankenbranche und bei den Erzieherinnen gibt es große Unterschiede. Ist eine Frau aber Chemikerin oder Elektroingenieurin, hat sie gute Chancen, den gleichen Lohn zu erhalten wie der Kollege.

«Durchsetzungskraft und Führungsfähigkeit werden immer noch eher Männern zugeschrieben», so Knorr. Traditionelle Rollenbilder seien noch fest in den Köpfen von Frauen und Männern verankert. Daran müsse und werde sich in der Zukunft einiges ändern.

Am Donnerstag, 31. März, gibt es um 17 Uhr und um 20 Uhr im Dürener Kinocenter den Film «We Want Sex», der mit Sex aber gar nichts zu tun hat. Der Film erzählt die Geschichte des ersten Arbeiterinnen-Streiks in Großbritannien. Er ist ein charmantes Lehrstück für politischen Mut mit viel trockenem britischen Humor. Auch Männer sind willkommen.

Mittels Unterschriftenliste wollen die Frauen zudem mit Zuschauern über ihre Forderung nach gleicher Bezahlung ins Gespräch kommen.

AZ 24.03.2011
Aachen: Bei der Altenpflege wird gespart
Von Robert Esser und Oliver Schmetz

Aachen. Das Sparpaket der Bundesregierung trifft den Aachener Arbeitsmarkt - mit fatalen Folgen nicht nur für bislang in diversen Projekten beschäftigte Langzeitarbeitslose, sondern eventuell auch für Hunderte auf Betreuung angewiesene Senioren in der Städteregion.

Denn die drastischen Kürzungen bei Ein-Euro-Jobs und beim Förderprogramm Jobperspektive sowie ein Kurswechsel in der Förderpolitik gefährden die sieben hiesigen mobilen sozialen Dienste akut in ihrer Existenz. Träger wie die Caritas oder das Sozialwerk Aachener Christen beschäftigen Arbeitslose und betreuen rund 680 alte Menschen.

Für einige Angebote ist das Aus bereits sicher: «Wir müssen unsere drei mobilen Dienste Ende März schließen», erklärte Bernhard Verholen, Geschäftsführer des Caritasverbandes, am Mittwoch auf Anfrage. Betroffen seien dadurch 25 geförderte Arbeitsplätze, aber auch acht «normale» Festangestellte - und nicht zuletzt die rund 150 betreuten Senioren. Bei der Caritas jagt derzeit eine Krisensitzung die nächste, «aber wir werden alles versuchen, um für die Versorgung der alten Menschen andere Organisationsformen zu finden», verspricht Verholen.

Im Vergleich zu 2010 sinken die Mittel, die das Jobcenter der Städteregion für Beschäftigungsmaßnahmen, Weiterbildung und Lohnzuschüsse aufwendet, von über 46 auf 29 Millionen Euro. Für Ein-Euro-Jobber fließen statt zwölf nur noch fünf Millionen Euro. Ihre Zahl soll ebenso drastisch sinken wie die der Arbeitslosen, die bislang im Programm Jobperspektive aufgefangen wurden. «Insgesamt sind in der Städteregion mindestens 800 Beschäftigte von den Kürzungen betroffen», schätzt Verholen.

Antenne AC 24.03.2011
Bus- und Bahnfahren in Aachen, Heinsberg und Düren wird teurer
von Franjo Galunic

Bus- und Bahnfahren im 100'5-Revier wird bald teurer. Die Tarife im Aachener Verkehrsbund werden zum ersten April um knapp 3 Prozent erhöht.
Laut AVV ist das nötig, um die steigenden Kosten für Personal, Energie und die Investition in moderne Busse und Bahnen zu decken. Zum Aachener Verkehrsverbund gehören neben der StädteRegion auch die Kreise Heinsberg und Düren.

WDR Aachen 24.03.2011
Aachen: Brot und Brötchen werden teurer

Die Bäckerinnung für die Region Aachen geht davon aus, dass Brot und Brötchen teurer werden. Als einen Grund nennt Obermeister Klein die drastisch gestiegenen Getreidepreise. Sie hätten sich im Laufe eines Jahres verdoppelt. Vor allem weil viele landwirtschaftliche Flächen mittlerweile für die Produktion von Biogas und nicht mehr für den Anbau von Getreide für Lebensmittel genutzt würden.

AN 26.03.2011
Gewerkschafter protestieren am Elisenbrunnen

Aachen. Vertreter der größten Gewerkschaftsorganisation Belgiens, CSC, haben am Freitag in Aachen gegen die „Einmischung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in die belgische Lohnfindungspolitik“ demonstriert. Unterstützt wurde die Protestaktion am Elisenbrunnen von Gewerkschaftern aus Aachen. Unter anderem nahm Ralf Woelk, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds Region NRW Süd-West, an der Kundgebung teil.

Die belgischen Gewerkschafter wehren sich gegen die Initiative von Angela Merkel zur Abschaffung der so genannten Lohn-/Preis-Indexbindung. Nach dem „Index“ werden die Löhne in einigen europäischen Ländern, darunter auch Belgien, in einem gesetzlich geregelten Verfahren an die Preissteigerungsrate angepasst.

CSC steht für „Confédération des Syndicats Chrétiens“. Der CSC ist der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und die größte Gewerkschaftsorganisation Belgiens.

AN 26.03.2011
Region gilt als rechte Hochburg
Bericht der Landesregierung: Hiesige Szene ist eine der aktivsten in NRW
Von Michael Klarmann

Aachen. Die rechtsextreme Szene in der Grenzregion ist in den letzten Jahren gewachsen und gilt als eine der aktivsten in NRW. Dies geht aus einer Antwort der Landesregierung zu einer Großen Anfrage der Linkspartei hervor. Besonders seit dem Jahr 2007 stieg die Zahl von Versammlungen und Aufmärschen, aber auch die der Bedrohungen und Angriffe auf Menschen, die Neonazis als Gegner ansahen. Das umfangreiche Papier liegt den „Nachrichten“ vor.

In dem Schreiben wird detailliert auf die rechte Szene in NRW eingegangen. Auffälligkeiten gibt es dabei zwar im gesamten Land, jedoch stechen das östliche Ruhrgebiet und die Region zwischen Aachen, Euskirchen, Mönchengladbach und Krefeld hervor. Deutlich wird auch, dass die Rechtsextremisten mit Neonazis aus Belgien und den Niederlanden kooperieren.

Von den acht sehr aktiven NPD-Kreisverbänden liegen mit dem Kreisverband Düren und Mönchengladbach/Heinsberg gleich zwei in der Region. Auch die zeitweise sehr eng mit der NPD verwobene Neonazi-Schlägerbande „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) gilt mit ihren laut Landesregierung 25 Mitgliedern als zweitstärkste Neonazi-Gruppe in NRW. Szenevertreter bezifferten die Stärke der Gruppe unlängst sogar auf 30 bis 60 Personen.

In den Jahren 2006 und 2007 sollen KAL-Mitglieder zudem Kontakte zu Rockergruppen unterhalten haben. Einzelne personelle Überschneidungen zwischen Hooliganszene und Neonazis sieht die Landesregierung besonders in Aachen und Dortmund. Zu Aachen heißt es: „So wurden bei Heimspielen der Alemannia mitunter bis zu 15 Personen der örtlichen ‚rechten’ Szene festgestellt, darunter auch Mitglieder der Kameradschaft Aachener Land.“ Ob die Personen in der Fanszene aktiv seien, könne nicht gesagt werden.

Detailliert werden Aufmärsche, Saaltreffen und Infoveranstaltungen der rechten Szene gelistet. Auch die Zahl rechter Straftaten stieg über Jahre an. Auffallend ist dabei, dass es in der Region selbst in vielen kleinen Gemeinden zu Propagandadelikten kam.

Zugenommen haben aber auch Körperverletzungsdelikte und Bedrohungen gegenüber Menschen, die sich gegen Rechts engagieren oder nicht in das Weltbild der extremen Rechten passen.

WDR 25.03.2011
Kraft will Ausgaben für Bildung und Kinder nicht antasten

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat für den Haushalt 2011 Kürzungen bei den Ausgaben für Bildung, Kinder und Kommunen ausgeschlossen. Die dafür angekündigten 1,1 Mrd. Euro werde die Landesregierung einhalten, bekräftigte Kraft am Freitag (25.03.11) auf einer Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft Verdi in Dortmund. Diese Summe bringe "einen Schub für unser Land".
Kraft sagte den Gewerkschaftern zu, sie werde sich weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen einsetzen. Auch befristete Arbeitsverhältnisse sowie die Leih- und Zeitarbeit gehörten Schritt für Schritt reduziert.

WDR 26.03.2011
Verdi-Delegierte fordern sozialverträglichen Atomausstieg

Im Falle eines schnellen Atomausstiegs will die Gewerkschaft Verdi eine Weiterbeschäftigungsgarantie für AKW-Mitarbeiter aushandeln. Die Delegierten der NRW-Landesbezirkskonferenz in Dortmund forderten am Samstag (26.03.2011) in einer einstimmig angenommenen Resolution, unverzüglich entsprechende Verhandlungen mit den Betreibern der Anlagen aufzunehmen.
AKW-Beschäftigte sollten nach einem Atomausstieg beim Anlagen-Rückbau oder in anderen Zweigen der Energiewirtschaft Arbeit finden. Verdi-Chef Frank Bsirske hatte am Freitag erklärt, die Atomkraft tauge nicht als Brückentechnologie. Die Bundesregierung müsse schnellstmöglich die gesetzlichen Grundlagen für einen geordneten Ausstieg schaffen.

WDR Dortmund 26.03.2011
Verdi für Atomausstieg

Die Gewerkschaft Verdi will die Arbeitsplätze in deutschen Atomkraftwerken erhalten. Auf der Landesbezirkskonferenz in Dortmund forderten die Delegierten den schnellen Atom-Ausstieg in Deutschland, gleichzeitig aber auch die Beibehaltung der Arbeitsplätze. Die Beschäftigten sollen am Rückbau der Anlagen mitarbeiten. Diese Forderungen verabschiedeten die 200 Gewerkschaftsmitglieder in einer entsprechenden Resolution.

WAZ 25.03.2011

„Atomkraft taugt nicht als Brücke“

Tim Müßle

Dortmund. „Wenn Dinge genutzt werden, die eine Halbwertszeit von 300 000 Jahren haben, braucht man eine gute Rückversicherung – Verdi-Chef Frank Bsirske erteilt der Atomkraft eine klare Absage.

„Wenn Dinge genutzt werden, die eine Halbwertszeit von 300 000 Jahren haben, braucht man eine gute Rückversicherung. Die gibt es aber nicht.“ So kurz und eindeutig war die Absage, die der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske gestern in Dortmund der Atomkraft erteilte. In einer Grundsatzrede auf der Landeskonferenz der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft nannte Bsirske das Atom-Moratorium der Bundesregierung ein „Placebo, gemünzt auf die Wahl in Baden-Württemberg“. „Sieben bis acht Atommeiler können abgestellt werden, ohne dass man es merkt. Ein Kollaps der Stromversorgung kommt nicht zustande. Interessant.“

Für Bsirske hat das Moratorium einen „Beigeschmack von Populismus“. Entweder seien die Kernkraftwerke schon vorher sicher gewesen, dann gebe es keinen Grund für eine „Kehrtwende“ der Bundesregierung. Oder es gab Gründe für die Abschaltung, und die Bundesregierung habe diese bei der Laufzeitverlängerung gekannt.

Über 200 Verdi-Delegierte waren im Kongresszentrum der Westfalenhalle versammelt. Vor ihnen sprach Bsirske sich für ein schnellstmögliches Ende der Kernenergie aus. Die se tauge nicht als Brückentechnologie, auch, weil die Endlagerung immer noch nicht geklärt sei. Kohlekraftwerke müssten ans Netz gehen, ebenso wie Gaskraftwerke, als „eigentliche Brückentechnologie“. Die betroffenen Beschäftigten in der Energieunternehmen bräuchten eine Weiterbeschäftigungsgarantie.

Baustellen für die nächsten Jahre

Doch nicht nur die Bundespolitik geriet am Freitag ins Visier der Gewerkschafter, wer den Reden von Bsirske, von der Verdi-Landesleiterin Gabriele Schmidt und vielen Delegierten zuhörte, bekam den Eindruck, im großen Tanker Verdi seien gleichzeitig viele Dutzende Löcher zu stopfen. Man habe „Baustellen genug für die nächsten vier Jahre“, sagte Schmidt.

Die Konferenz hat sich in der Tat einiges vorgenommen, wie etwa eine Einigung im Streit um ein Tariftreuegesetz und um Mitbestimmung in den öffentlichen Einrichtungen. Auch der Konkurrenzkampf unter den vielen Gewerkschaften um Einfluss und Mitglieder macht Verdi zu schaffen. „Die Verankerung in den Betrieben gilt es auszubauen“, sagte Bsirske mit Blick auf die Lage von Verdi in Nordrhein-Westfalen. In den vergangenen zwei Jahren sank die Mitgliederzahl von Verdi, aktuell liegt sie bei knapp unter 2,1 Millionen.

Kampfansage an die Kirchen

Und auch die Kirchen bekamen eine Kampfansage zu hören: Rund 1,3 Millionen Menschen sind bei der katholischen und der evangelischen Kirche in Deutschland beschäftigt, denen „Grundrechte“ wie etwa Streik fehlten, nur, „um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen“, so Bsirske. „Die verhalten sich wie stinknormale Arbeitgeber und deshalb müssen sie auch wie stinknormale Arbeitgeber behandelt werden“, wetterte der Verdi-Chef und kündigte weitere Streiks an.

Außerdem machte er ein „Alarmsignal für die Verankerung des demokratischen Bewusstseins in der Gesellschaft“ aus – gemeint war der Zuspruch, den der zurückgetretene Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg trotz der Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit von vielen Demonstranten erhalten hatte.

Bei so vielen Baustellen hatte Bsirske auch eine gute Nachricht für die Verdi-Mitglieder im Gepäck, auch, wenn es nur eine Hoffnung war: „Ich erlebe die Einführung von Mindestlohn in meinem Arbeitsleben noch.“

Kraft spricht Verdi aus der Seele

Hannelore Kraft steht zu ihrem Versprechen. „1,1 Milliarden mehr, das ist das Versprechen, das wir halten werden“, bekräftigte die NRW-Ministerpräsidentin (SPD) gestern auf der Verdi-Landeskonferenz in Dortmund. Bei Kinderbetreuung, Bildung und Kommunen seien Kürzungen ausgeschlossen. Doch noch ist der Haushalt umstritten, die Opposition bemängelt die Höhe der Neuverschuldung. „Da stehen wir im Wind“, spielte Kraft auf die Kritik am Haushalt an.

In ihrem Grußwort an die Konferenz dürfte sie Verdi aus der Seele gesprochen haben, etwa bei Themen wie Mindestlohn und Ausbildungsgarantie, zu denen sie stehe. Außerdem verteidigte sie die geplanten Ausgaben und lehnte sinkende Steuern ab. „Die starken Schultern müssen mehr tragen“, so Kraft.

Landesbezirksleiterin Gabi Schmidt und die Vorsitzende des Landesvorstandes Diane Tigges-Brünger

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen Inkasso Becker

Die neu gewählten Mitglieder der Landesbezirksleitung und des Präsidiums des Landesbezirksvorstandes

Grußwort der Ministerpräsidentin NRW Hannolore Kraft

Aktion der ver.di- Jugend zum Ausstieg aus der Atomkraft

Der Bundesvorsitzende Frank Bsirske fordert den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie

Foto: Norbert Szepan

Gewählte Funktionen:

Vorsitzende Landesvorstand: Diane Tigges-Brünger

Präsidium: Andre auf der Heiden, Cornelia Dubbel, Thomas Komann, Nicola Seggewies, Manfred Wirsch, Monika Zimmermann

Landesbezirksleiterin: Gabi Schmidt

Stv. Landesbezirksleiter/in: Monika Schwarz und Uli Dettmann

Gewerkschaftsrat Ebenen:

Mitglied	1. stv. Mitglied	2. stv. Mitglied
Frauenmandat: Anette Gregor Düsseldorf FB 6	Nicola Seggewies Münsterland FB 13	Heike Schakulat Emscher-Lippe Nor FB 4
Frauenmandat: Karin Kettner Münsterland FB 1	Petra Huhn Hamm-Unna FB 4	Caroline Fieback Essen FB 2
Martina Rößmann-Wolf Wuppertal-Niederberg FB 6	Diane Tigges-Brünger Bochum FB 13	Tanja Krönert Siegen-Olpe FB 7
Frauenmandat: Katrin Tremmel NRW Süd FB 10	Ina Oberländer Rhein-Wupper FB 13	Anika Teckentrup Mühlheim-Oberh. FB 7
Petra Vogt Dortmund FB 7	Josef Joretzko Aachen/D./E. FB 10	Wolfgang Gottschalk Emscher-Lippe Süd FB 1
Jürgen Becker Bochum Herne FB 2	Bernd Schuster Hellweg-H. FB 2	Willi Sendke Linker Niederrhein FB 11
Dieter Schäfer Mülheim-Oberhausen FB 7	Theo Quodt Köln FB 6	Jürgen Senge Düsseldorf FB 6
Manfred Wirsch Essen FB 12	Josef Fllippek Südwestfalen FB 7	Reiner Saßmannshausen Hamm/Unna FB 6
Jugendmandat: Karina Lange Bochum-Herne, FB 7	Lena Blumenthal Aachen/D./E. FB 5	Melanie Fefczak Emscher-Lippe Nord FB 7